

Pressemitteilung

03.10.2018

Das sagen die Parteien zur Inklusion

Rummelsberger Diakonie fragt nach und informiert auf ihrer Webseite

Rummelsberg – Rummelsberger Diakonie und Lernwerkstatt Inklusion machen die Inklusion zum Thema im Wahlkampf zur Landtags- und Bezirkstagswahl. Sie haben eine Umfrage bei den Parteien gestartet und die Statements auf ihrer Webseite veröffentlicht.

„Die Rahmenbedingungen für eine inklusive Schule im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention sind derzeit noch unzureichend“, stellt Christine Lippert von der Rummelsberger Diakonie fest. Deshalb haben Lernwerkstatt Inklusion und Rummelsberger Diakonie drei Wahlprüfsteine entwickelt und alle Parteien im bayerischen Bezirks- und Landtagswahlkampf um eine Stellungnahme gebeten. „Auf unserer Webseite können sich die Wählerinnen und Wähler nun informieren“, sagt Lippert, Teamleiterin Schulbegleitung. Welche Haltung hat die jeweilige Partei zu Inklusion und Schulbegleitung, wie sollen die Bedingungen verbessert werden und wie soll das personell gestemmt werden? Geantwortet haben acht Parteien und Bezirkstagspräsident Richard Bartsch. Die Mehrzahl der Befragten unterstützt den Inklusionsgedanken, aber es gibt auch kritische Stimmen, die am bisherigen Schulsystem festhalten.

Bezirkstagspräsident Bartsch kündigt an, Inklusion in Mittelfranken weiter voranzutreiben und die Arbeit der Schulbegleitungen zu unterstützen. Der Bezirk wolle im Schuljahr 2019/20 zwei „Modellprojekte Schulbegleiterpool“ auf den Weg bringen, die wissenschaftlich begleitet werden. Ziel sei es festzustellen, wie Schulbegleitungen am sinnvollsten im Team arbeiten, Synergien genutzt und Mittel effizienter eingesetzt werden können.

Überhaupt betonen die Christsozialen, dass sie in Bayern im Sinne der Inklusion schon einiges bewegt hätten. Unter dem Motto „Schule öffnet sich“ wollen sie zusätzliche Fachkräfte an die Schulen bringen. Sie kündigen an, das Programm „Schulsozialarbeit“ mit 500 Schulpsychologen und Sozialpädagogen als multiprofessionelle Teams zu starten.

Die Inklusion an bayerischen Schulen weiter voranbringen will auch die SPD. Sie fordert, dass sich die Haltung ändern müsse. Ein „Du gehörst nicht an diese Schule“ verbiete sich, schreibt die Bayern-SPD. Damit die Schulen die Herausforderungen der Inklusion meistern können, schlägt die SPD eine Fortbildungsinitiative für die 150.000 Lehrkräfte in Bayern vor, die an den Schulen bereits unterrichten. Und natürlich müsse in der Lehrerbildung das Thema Inklusion und Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams eine Rolle spielen.

Die Freien Wähler sind sich bewusst, dass die Inklusion an den Schulen einfacher gestaltet werden könne. Ihnen ist es wichtig, eine schnelle und unbürokratische Zuweisung für Inklusionskinder an Regelschulen zu ermöglichen und das Antragsverfahren für Schulbegleitungen deutlich zu vereinfachen.

Pressemitteilung

Die Grünen betonen, dass ein inklusives Schulsystem niemanden ausschließen dürfe. Das gehe weit über Rollstuhlrampen an den Schulgebäuden hinaus. Sie wollen mehr Personal in den Sprengelschulen, Zweitlehrer für besondere Bedarfe und barrierefreie Unterrichtsmaterialien für Blinde, Hörgeschädigte und in leichter Sprache. Die Lehrkräfte sollen von multiprofessionellen Teams unterstützt werden. Zusätzlich brauche es Beratungsangebote für die Schulen, wie sich Inklusion am besten umsetzen lasse, sowie mehr Aus- und Fortbildungsangebote für die Lehrkräfte.

Hingegen kündigt die FDP an, das qualitativ hochwertige bayerische Förderschulsystem zu erhalten und darüber hinaus KiTas und allgemeinbildende Schulen zu unterstützen, die Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf unterrichten. Inklusion sei dort sinnvoll, wo es den Schülerinnen und Schülern nütze. Es müsse im Einzelfall abgewogen und geprüft werden und könne nicht pauschal von oben vorgegeben werden.

Die AfD äußert sich kritisch zur Inklusion. Es werde nicht hinterfragt, ob eine UN-Konvention, die sich ja an nahezu alle Länder dieser Welt richtet, die Situation in Deutschland verbessere. Tatsächlich betrachtet die Partei die gezielte Förderung in speziellen Schulen als eine Erfolgsgeschichte. Der Anspruch der anderen Kinder auf eine bestmögliche Ausbildung in der Schule, müsse mindestens ebenso berücksichtigt werden, findet die AfD.

Die unbearbeiteten und ungekürzten Statements der Parteien stehen online unter:
<https://behindertenhilfe.rummelsberger-diakonie.de/wahlstatements/>

Heike Reinhold (4.434 Zeichen)

Ansprechpartnerin

Heike Reinhold
Telefon 0171 33 97 563
reinhold.heike@rummelsberger.net

Foto und Bildunterschrift



Beim 2. Fachtag Inklusion und Schulbegleitung haben Teilnehmerinnen und Teilnehmer im vergangenen März Verbesserungsvorschläge formuliert, aus denen die drei Wahlprüfsteine entstanden sind. Foto: Heike Reinhold